



SOZIALDIENST KATHOLISCHER FRAUEN  
GESAMTVEREIN E.V.

## Delegiertenversammlung vom 21. – 23. Juni 2016

### **Solidarität stiftet Frieden**

Erklärung des Sozialdienstes katholischer Frauen  
zum sozialen Frieden und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt

Der Sozialdienst katholischer Frauen setzt sich für eine menschenwürdige und friedliche Gesellschaft ein. Rechtspopulisten erteilt der Frauenwohlfahrtsverband eine klare Absage. Die Sorgen der Menschen vor einer Überforderung unseres Landes durch die Zahl der Flüchtlinge müssen ernstgenommen werden, dürfen aber nicht zum einzigen Maßstab politischer Entscheidungen werden. Der SKF drängt darauf, sich der geflohenen Menschen und aller Menschen, die Unterstützung brauchen, engagiert anzunehmen.

Wir rufen zu einer solidarischen Politik für alle Menschen auf. Wir nehmen wahr, dass durch die Fokussierung auf die Flüchtlingsherausforderung die Sorge der Menschen in anderen sozialen Notlagen wächst, zu „Hilfesuchenden zweiter Klasse“ zu werden. Wir sehen den sozialen Frieden dadurch in Gefahr und appellieren, sich für die bisherigen Hilfesuchenden und die Neuangekommen gleichermaßen einzusetzen.

Besonders wichtig ist, den geflüchteten Frauen, die zusätzlichen Gefahren, Übergriffen und Gewalttaten in ihrem Herkunftsland und auf den Fluchtwegen ausgesetzt sind, Schutz, sichere Unterkünfte sowie medizinische und therapeutische Hilfen zu gewährleisten. Darüber hinaus müssen Frauen und Mädchen bei Sprachkursen, Bildungs- und Qualifizierungsangeboten explizit berücksichtigt werden. Für Kinder müssen ausreichende Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie niedrigschwellige Angebote zur Verfügung stehen. Aus unserer langjährigen Arbeit mit Migrantinnen wissen wir, dass eine gute Integration von Frauen ein Garant für die Integration der ganzen Familie, besonders der Kinder, ist. Daher darf das Recht auf Familiennachzug nicht weiter eingeschränkt werden. Denn es sind zumeist Frauen, die in der Hoffnung auf den Familiennachzug in unsicheren und gefährlichen Situationen im Heimatland verbleiben.

Es ist notwendig, neben den Integrationsanstrengungen in Deutschland und Europa, auch die Bedingungen in den Krisenregionen der Welt zu verbessern und die Fluchtursachen zu bekämpfen. Wir weisen darauf hin, dass Frauen und Mädchen in vielen Ländern noch nicht gleichberechtigt sind und nicht in ihrer Würde geachtet werden. Die Grausamkeiten, die Frauen erleiden wie Beschneidungen, Vergewaltigungen und Zwangsprostitution müssen bekämpft werden.

Bergisch Gladbach, 22. Juni 2016